

Foto: dpa

Herzlichen Glückwunsch, Peter Harry Carstensen!

Nach 17 Jahren auf der Oppositionsbank übernimmt die CDU mit der Wahl Peter Harry Carstensens zum Ministerpräsidenten wieder die Regierungsverantwortung in Schleswig Holstein.

Sechs Wochen nach dem Debakel von Heide Simonis,

deren Wiederwahl in vier Wahlgängen gescheitert war, erhielt Peter Harry Carstensen die Stimmen von 54 der insgesamt 69 im Parlament vertretenen Mandatsträger.

Nach der Vereidigung gab Carstensen in seiner ersten Rede als Regierungschef einen Ausblick auf die Pläne ▶

INHALT

Volker Kauder:
„Soziale Marktwirtschaft
statt Rot-Grün“

Seite 4–5

Ronald Pofalla:
Entsendegesetz: Keine
Ausweitung auf gesamte
Wirtschaft

Seite 6

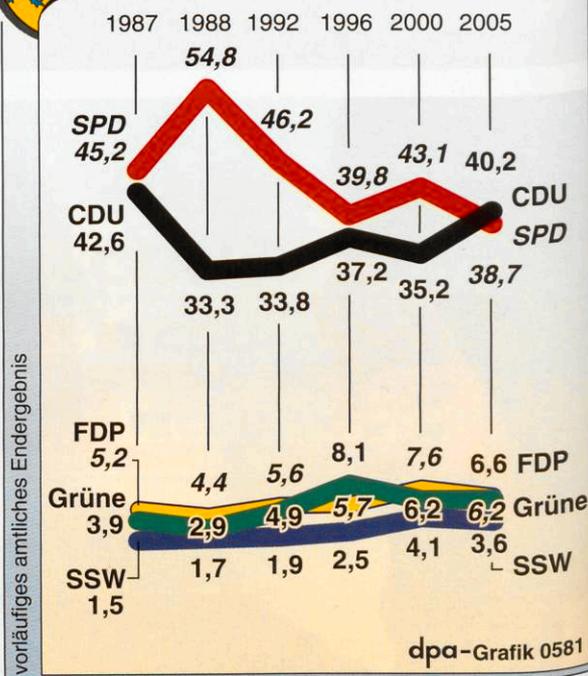
HEUTE AKTUELL

■ Argumente der Union gegen die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen (Seite 7) ■ Baden-Württemberg: Regierungswechsel abgeschlossen (Seite 8) ■ Sachsen-CDU: Neuer Generalsekretär (Seite 8) ■ Rüttgers holt Thoben und Linssen (Seite 9) ■ Konrad Adenauer kehrt nach Berlin zurück - feierliche Enthüllung des Denkmals (Seite 9) ■ Schleuser-Ausschuss: „Fischers Aussagen haben Geständnischarakter“ (Seite 10) ■ Sportpolitischer Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Sport eint, bildet, begeistert (Seite 11) ■ Dagmar G. Wöhr: Frühjahrsgutachten – ein Dokument der Hoffnungslosigkeit (Seite 12) ■ Michael Meister: Kein Licht am Ende des Tunnels (Seite 12–13) ■ Angela Merkel trifft „Tsunami“-Botschafter (Seite 13) ■ FU-Aktionswoche: Kinder bekommen Kinder (Seite 14)



Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Stimmenanteile in %



► für die nächsten fünf Jahre: „Wir haben uns einen Weg gesteckt, der die wichtigen Dinge in Schleswig-Holstein nach vorne stellt“, sagte er und nannte die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Haushaltskonsolidierung und die

Bildung. „Wenn wir uns darauf konzentrieren, dann haben wir unsere Arbeit gemacht“, sagte er und fügte hinzu: „Wir sind zum Erfolg verdammt.“ Schleswig-Holstein ist hochverschuldet und hat eine überdurchschnittli-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

che Arbeitslosigkeit. Vorher hatte Carstensen seiner SPD-Amtsvorgängerin Heide Simonis gedankt, die seit 12 Jahren Regierungschefin war.

Mit der Wahl Carstensens zum Regierungschef geht im nördlichsten Bundesland eine knapp zehnwöchige Phase zu Ende, in der die SPD nur noch kommissarisch die Regierungsgeschäfte ausübte. Am 20. Februar war die CDU aus der Landtagswahl mit 30 Sitzen als stärkste Fraktion hervorgegangen. Die SPD erlangte 29 Mandate, Grüne und FDP je vier, der SSW zwei Sitze. Jetzt wird endlich der Wählerwille umgesetzt.

Im Koalitionsvertrag wurden Wirtschaft/Arbeit, Bildung, Verwaltungsmoder-

nisierung, Haushaltssanierung und Ausbau der nord-deutschen Kooperation als Schwerpunkte hervorgehoben.

Die Wahl Carstensens bedeutet eine historische Zäsur: Zum ersten Mal seit der ersten Landtagswahl vor 58 Jahren übernimmt an der Förde eine große Koalition das Ruder. Ende Mai steht in Nordrhein-Westfalen die letzte rot-grüne Landesregierung auf dem Prüfstand.

Personal- entscheidungen

Im neuen Kabinett stellt die CDU drei Minister. Der bisherige haushaltspoliti-

sche Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, ist Minister für Wirtschaft, Verkehr und Wissenschaft. Die Finanzen übernimmt der CDU-Abgeordnete Rainer Wiegard. Das Ressort Agrar/Umwelt besetzt der ehemalige CDU-Europaabgeordnete Christian von Boetticher.

Zu ihrem neuen Vorsitzenden wählte die Landtagsfraktion den ehemaligen schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Johann Wadephul. Parlamentarische Geschäftsführerin wurde Monika Schwalm. Sie folgt auf Heinz Maurus, der zum Leiter der Staatskanzlei ernannt wurde.

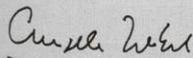
SEHR GEEHRTER HERR MINISTERPRÄSIDENT,

zu Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten gratuliere ich Ihnen persönlich und im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sehr herzlich.

Schleswig-Holstein steht unter Ihrer Regierung vor einem Aufbruch. Es gilt, dieses großartige Land nach Jahren der Stagnation wieder nach vorne zu bringen und für Wachstum und Arbeit zu sorgen. Sie verkörpern die Zuversicht und die Tatkraft, die Schleswig-Holstein jetzt braucht, um die anstehenden Herausforderungen in diesen Zeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zu meistern. Mit Ihrer Liebe zum Land und zu den Menschen wird es Ihnen gelingen, die Kräfte in Schleswig-Holstein neu zu entfesseln und die Rolle der CDU im Norden als die große Volkspartei der Mitte weiter zu festigen.

Für die vor Ihnen liegenden Aufgaben wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg, vor allem aber Gottes Segen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angela Merkel



„Soziale Marktwirtschaft statt Rot-Grün“

Angesichts von weiterhin knapp fünf Millionen Arbeitslosen hat CDU-Generalsekretär Volker Kauder der rot-grünen Bundesregierung bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit völliges Versagen bescheinigt.

„Noch nie waren in der Geschichte der Bundesrepublik in einem April so viele Menschen arbeitslos wie in diesem Jahr“, erklärte Volker Kauder. Für diesen „Negativrekord in der Arbeitsmarktpolitik“ trage Rot-Grün die Verantwortung. Ungeachtet der üblichen saisonalen Frühjahrsbelebung gebe es erneut rund fünf Millionen Arbeitslose. Im Vergleich zum Vorjahr seien zudem 520.000 Arbeitsplätze weggebrochen.

Bundeswirtschaftsminister Clement glaube inzwischen niemand mehr sein Schönreden, betonte der CDU-Generalsekretär. Immer wenn er davon spreche, die „Trendwende“ sei er-



Volker Kauder nach der Pressekonferenz.

reicht, würden die Menschen mit weiter steigenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Allein in Nordrhein-Westfalen gebe es unter Rot-Grün mehr als eine Million

Menschen ohne Beschäftigung. „Das ist ein ganz schlimmer, nicht hinnehmbarer Zustand für die Menschen in NRW“, unterstrich Volker Kauder.

Soziale Marktwirtschaft steht für

- Wohlstand für alle
- Wachstum „Made in Germany“
- Chancen für alle
- Verantwortliches Haushalten
- Verlässliche und gerechte Sozialsysteme
- Soziale Partnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Freiheit und Verantwortung

Die SPD und die rot-grüne Bundesregierung stehen für

- Dramatisch steigende Armut in Deutschland
- Das geringste Wirtschaftswachstum aller 25 EU-Länder
- Die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte
- So viele Schulden wie nie zuvor
- Steigende Beiträge, unsichere Renten und Zwei-Klassen-Medizin
- Klassenkampf und Spaltung
- Bürokratie und Bevormundung



Die aktuelle Befragung „Perspektive Deutschland 2004“ habe bestätigt, dass die Stimmung hier zu Lande auf „einem neuen Tiefpunkt angelangt“ sei. Nicht ohne Grund, denn es sei allzu offensichtlich, dass der „Koalition der Massenarbeitslosigkeit“ nichts einfallen, um Deutschland aus der Krise zu führen. Gerade erst habe das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsweisen ein erschreckendes Bild der Regierungsarbeit gezeichnet und die Wachstumsprognosen von Rot-Grün auf magere 0,7 Prozent halbiert. Die unmittelbare Folge seien weiter sinkende Steuereinnahmen, erklärte Kauder. Zugleich zeichne sich bei der Rentenversicherung ein Defizit von drei Mil-

liarden Euro ab. Wörtlich fügte er hinzu: „Die Älteren im Land müssen sich sehr wohl Sorgen machen“. Außerdem würden für die Bundesagentur für Arbeit mindestens 2,3 Milliarden Euro zusätzlich benötigt.

Der Generalsekretär machte deutlich, dass die Bundesregierung genau den Menschen schade, die sie zu schützen vorgebe. Um von ihrem Versagen abzulenken, betreibe die SPD nun Wirtschaftsschelte. Dass dies ein „billiger Wahlkampftrick“ ist, hätten die Menschen längst durchschaut. Denn in den aktuellen Umfragen steige die Zustimmung zur Union weiter. Zu offensichtlich stimmten „Reden und Handeln der Koalition“ nicht überein.

Münchener Wirtschafts-Schelte zeige zudem, dass er von der Sozialen Marktwirtschaft „keine Ahnung“ habe. Denn die Soziale Marktwirtschaft stehe sowohl für „Leistung und soziale Gerechtigkeit“ als auch für „fairen Wettbewerb und Solidarität“. Kauder verwies darauf, dass inzwischen 30 Tage seit dem Jobgipfel verstrichen seien. Bis heute habe die Bundesregierung noch keinen einzigen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Vereinbarungen umzusetzen. Demgegenüber habe die Union mit dem „Pakt für Deutschland“ ganz konkrete Vorschläge für mehr Wachstum und Beschäftigung präsentiert.

Ein umfangreiches Informations- und Servicepaket zu den Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik finden Sie im Mitgliedernetz unter www.cdunet.de



Ronald Pofalla

Entsendegesetz: Keine Ausweitung auf gesamte Wirtschaft

Die Union lehnt die Ausweitung des Entsendegesetzes auf die gesamtdeutsche Wirtschaft ab. Dies würde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes durch die Hintertür bedeuten. Damit würde der Arbeitsmarkt betoniert statt flexibilisiert und es würden deutsche Arbeitnehmer mit niedriger Produktivität auf Dauer vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt.

Die Union wird keinen Persilschein zur Einführung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für die gesamte deutsche Wirtschaft ausstellen und deshalb der Einführung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für die gesamte deutsche Wirtschaft nicht zustimmen.

Die Union verschließt sich nicht grundsätzlich der Prüfung einer partiell befristeten Ausweitung des Entsendegesetzes auf einzelne Branchen, sofern beide Tarifparteien dies wollen und wenn die entsprechenden Fakten auf dem Tisch liegen und durch diesen Schritt tatsächlich eine Verbesserung erreicht werden kann.



Die Bundesregierung ist aufgefordert, die erforderlichen Fakten und Analysen umgehend auf den Tisch zu legen. Die Union fordert darüber

auszudehnen.

Ronald Pofalla ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

hinaus die Bundesregierung auf, die Möglichkeiten der verstärkten Kontrollen bei illegaler Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit unverzüglich

DAS MEINT DIE WIRTSCHAFT

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt lehnt die Pläne zur Ausweitung des Entsendegesetzes ab. Die von der Bundesregierung vorgelegten Eckpunkte zur Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen sind kontraproduktiv, verursachen mehr Bürokratie und schaffen Rechtsunsicherheit, erklärte Hundt.

Alle bisher bekannt gewordenen Missbrauchsfälle ließen sich mit den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten unterbinden. Eine Ausweitung des

Entsendegesetzes auf alle Branchen, mit der per Rechtsverordnung Tariflöhne zu gesetzlichen Mindestlöhnen würden, gefährde Arbeitsplätze in Deutschland, erklärte Hundt weiter. Wenn dies so umgesetzt werde, würden weitere Arbeitsplätze ins Ausland oder in Schwarzarbeit verdrängt oder ganz wegfallen, warnte er. Hundt befürchtete insbesondere negative Auswirkungen auf die Beschäftigungschancen geringqualifizierter und Langzeitarbeitsloser.

Argumente der Union gegen die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen

Die Union lehnt die Ausweitung des Entsendegesetzes auf die gesamte deutsche Wirtschaft ab. Dies wäre praktisch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns durch die Hintertür.

Die Experten sind sich einig, dass durch einen solchen staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie kein einziger neuer Arbeitsplatz in Deutschland entstehen würde. Im Gegenteil: Bei den rot-grünen Plänen handelt es sich um einen weiteren Job-Killer. Denn alle Arbeitsplätze, die unterhalb eines solchen staatlich festgelegten Mindestlohnes bezahlt werden, würden einfach wegfallen beziehungsweise ins Ausland oder in die Schwarzarbeit abwandern. Die Leidtragenden wären all jene Arbeitnehmer, die derzeit zumindest noch einen Niedriglohnjob haben. Umgekehrt würde ein zu niedrig angesetzter Mindestlohn in bestimmten Branchen zu weiterem Lohndumping führen.

Wir brauchen also keinen rot-grünen Staatsdirigismus

mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen, sondern flexible Lösungen im Sinne jedes einzelnen Arbeitnehmers. Die Union verschließt sich daher nicht grundsätzlich einer befristeten Ausweitung des Entsendegesetzes auf ausgewählte Branchen, sofern beide Tarifpartner dies wollen und eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation zu erwarten wäre. Um dies zu gewährleisten, müsste aber zunächst einmal geprüft werden, in welchen Branchen eine befristete Ausweitung des Entsendegesetzes überhaupt Sinn machen würde. Allgemein verbindliche Regelungen wären absolut kontraproduktiv.

Daten und Fakten auf den Tisch!

Die Union fordert daher die Bundesregierung erneut auf, die erforderlichen Daten und Fakten umgehend auf den Tisch zu legen, damit möglichst schnell eine Lösung im Sinne der Arbeitnehmer gefunden werden kann.

Die ganze Unglaublichkeit von Rot-Grün wird angesichts der Tatsache deutlich, dass die Bundesregierung Anfang der Woche die EU-Beitrittsakte von Rumänien und Bulgarien unterzeichnet hat, in der im Anhang diesen beiden neuen Mitgliedstaaten ein verstärkter Zugang auf den europäischen und damit auch auf den deutschen Arbeitsmarkt zugesichert wird.

Damit verschärft die Bundesregierung noch einmal die ohnehin angespannte Lage für die deutschen Arbeitnehmer. Die geplante Ausweitung des Entsendegesetzes ist offensichtlich ein reiner Wahlkampftrick, der am Grundproblem auf dem deutschen Arbeitsmarkt überhaupt nichts ändern würde.

Angesichts der akuten Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt fordert die Union die rot-grüne Bundesregierung darüber hinaus auf, die Möglichkeiten verstärkter Kontrollen von illegaler Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit unverzüglich auszudehnen.

Regierungswechsel abgeschlossen

Der Regierungswechsel in Baden-Württemberg ist mit dem Amtsantritt des neuen CDU/FDP-Kabinetts unter Ministerpräsident Günther Oettinger abgeschlossen. Der Nachfolger von Erwin Teufel legte in seiner ersten Regierungserklärung als Schwerpunkte seiner Regierung die Themen Wirtschaft und Arbeit, Familie und Bildung fest.



Günther Oettinger

CDU und FDP hatten zuvor geschlossen gegen die Stimmen von SPD und Grünen für das neue Kabinett votiert. Neu in die Regierungsmannschaft aufgenommen wurden Landwirtschaftsminister Peter Hauk und Sozialminister Andreas Renner. Die frühere Sozialministerin Tanja Gönner wechselt in das Umweltressort.

Günther Oettinger stellte seine erste Regierungserklärung unter das Motto „Arbeit

schaffen, Sicherheit geben, Heimat bewahren“. Er betonte, der Südwesten könne seinen Spitzenplatz unter den Ländern nur durch harte Arbeit und durch die Kreativität seiner Bürger halten.

An die Adresse der rot-grünen Bundesregierung gewandt forderte Oettinger eine wirksame Entlastung der Wirtschaft, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Notwendig seien dafür in erster Linie eine große

Steuerreform und eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Baden-Württemberg und ein östliches Bundesland sollten als Modellregionen staatliche Hilfen für Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich großflächig erproben. Die Pflegeversicherung muss nach Oettingers Worten wegen der starken Zunahme der Pflegefälle in den kommenden Jahren schrittweise auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden.

Als weiteres wichtiges Ziel gab Günther Oettinger vor, Baden-Württemberg zum „Kinderland Deutschlands“ zu machen. Es dürfe nicht mehr die Devise gelten, „lieber kinderlos als arbeitslos“, sagte Oettinger. Er wolle vielmehr ein Klima schaffen, in dem sich Familien wohlfühlen und das Eltern Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern erleichtere.

SACHSEN-CDU: NEUER GENERALSEKRETÄR

Der Bundestagsabgeordnete Michael Kretschmer ist zum Generalsekretär der Sachsen-CDU gewählt worden. Während des Landesparteitags in Bad Dübener



Michael Kretschmer

erhielt der 29-jährige eine Zustimmung von 76 Prozent. Kretschmer ist der jüngste Generalsekretär der CDU in Deutschland. Er

hatte die Union im Freistaat seit Dezember 2004 kommissarisch geführt. Sein Vorgänger Hermann Winkler wurde in der CDU/SPD-Koalitionsregierung Chef der Staatskanzlei. Infos zum Landesparteitag auf www.cdu-sachsen.de

Rüttgers holt Thoben und Linssen

Der Vorsitzende der CDU NRW und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Jürgen Rüttgers, will nach dem Wahlsieg am 22. Mai Christa Thoben und Helmut Linssen mit den Ressorts Wirtschaft und Finanzen betrauen. Bei der Vorstellung der beiden Mitglieder seines Schattenkabinetts kündigte Rüttgers an, die Christdemokraten würden bei einem Wahlsieg auf „soziale Partnerschaft und nicht auf Klassenkampf“ set-



Jürgen Rüttgers stellt die neuen Mitglieder des „Schattenkabinetts“ vor.

Foto: dpa

zen. Zuvor hatte Rüttgers bereits den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfrak-

tion, Karl-Josef Laumann, als Kandidaten für das Amt des Arbeits- und Sozialministers vorgestellt.

KONRAD ADENAUER KEHRT NACH BERLIN ZURÜCK

Seit kurzem schmückt ein Denkmal für den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland den Adenauerplatz in Berlin-Charlottenburg.

„Die Bürgerinnen und Bürger Berlins wussten, dass sie sich auf die Bundesregierung und Konrad Adenauer verlassen konnten“, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, auf der Einweihungsfeier, an der zahlreiche CDU-Bundes- und Landespolitiker teilnahmen.

„Die Versuche der Sowjetunion, einen Keil zwischen Berlin und die Bundesrepublik zu treiben,

scheiterten, weil der erste deutsche Bundeskanzler nie einen Zweifel daran ließ, dass Berlin zum freien Teil Deutschlands gehörte“, sagte Merkel weiter.

Initiiert wurde das Denkmal von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie würdigt damit die Verdienste des Staatsmannes. Finanziert wird die 1,85 Meter hohe Statue von der Wall AG. Für Firmenchef Hans Wall, Vorsitzender des Vereins „Denkmal in Berlin“, ist das



eine Ehrensache: „Adenauer hat durch seine Politik die Bundesrepublik Deutschland wieder international hoffähig gemacht. Dafür danken wir ihm. In Zeiten der Blockade konnten

die Berliner sich des Zuspruchs Adenauers gewiss sein, auch dafür danken wir ihm.“

Das Denkmal wurde nach einem Foto gestaltet, das Konrad-Adenauer am Tag der Vorstellung des Besatzungsstatutes (21.9.1949) am Sitz der Hohen Kommission der Alliierten zeigt.

„Fischers Aussagen hatten Geständnischarakter!“

Die Union hat die bisherige Arbeit des Schleuser-Ausschusses als „Erfolg für die Innere Sicherheit“ gewertet.

Jetzt sei allen klar – auch Rot-Grün –, dass eine „vernünftige Einreisepolitik für die Sicherheit unseres Landes unverzichtbar ist“, sagte Obmann Eckart von Klaeden im Anschluss an die Befragung von Außenminister Fischer. Es gebe allerdings noch weiteren Aufklärungsbedarf. Deshalb werde Joschka Fischer nach der Vernehmung von Bundesinnenminister Otto Schily am 8. Juli ein weiteres Mal vor den Untersuchungsausschuss geladen.

Von Klaeden betonte, dass es im Verlauf der Befragung gelungen sei, den Außenminister „zum Reden zu bringen“. Während Fischer zu Beginn der Affäre sein eigenes Versagen vehement abgestritten habe, habe er jetzt „schwere eigene Fehler“ einräumen müssen. Konkret habe der Minister nun zugegeben, dass der massenhafte Visa-Missbrauch unmittelbar auf die fehlerhaften Erlasse des Auswärtigen Amtes zurückzuführen sei. Angesichts der Schwere der Vorwürfe sei



Eckart von Klaeden

der Auftritt Fischers vor dem Untersuchungsausschuss von „Nervosität, Unsicherheit, Widersprüchlichkeit und Unkenntnis“ geprägt gewesen. In weiten Teilen hätten seine Aussagen einen „Geständnischarakter“ gehabt. „Am Ende war es ein politischer Offenbarungseid“, unterstrich der Obmann. Immer wenn es eng wurde, habe sich der Außenminister in Angriffe auf die Opposition geflüchtet oder Erinnerungslücken vorgeschoben.

Joschka Fischer habe weiter eingestehen müssen, dass es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen Visa-Missbrauch und Zwangsprostitution gebe. Da mit der Fernsehübertragung das Ausmaß seines Fehlverhaltens einer breiten Öffentlich-

keit bekannt geworden sei, stelle sich umso mehr die Frage nach der Ministerverantwortlichkeit. Indem es Fischer jedoch ablehne, Konsequenzen aus seinem Versagen zu ziehen, mache er die Wahrnehmung der politischen Verantwortung völlig wertlos. Dessen ungeachtet sei der Rücktritt Fischers „mehr als angemessen“.

Im Verlauf der Affäre habe Rot-Grün nicht nur das Vertrauen der Menschen in die Einwanderungspolitik für lange Zeit zerstört, sondern dem Ansehen Deutschlands in Europa schweren Schaden zugefügt. Der Minister instrumentalisiere nicht nur die Ukraine, um von seinen eigenen Fehlern abzulenken, vielmehr habe er mit seiner Politik gegen den Schengen Vertrag verstoßen. Hinzu komme, dass Fischer das „Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Bundesregierung schwer erschüttert“ habe. Das gelte zum einen für die „rechtswidrigen Erlasse“, zum anderen für die „kollektive Amnesie von Zeugen aus dem Auswärtigen Amt“, die Prozesse verzögert und die Justiz behindert hätten.

Sportpolitischer Kongress

Sport eint, bildet, begeistert

In ihrer Eröffnungsrede zum Auftakt des sportpolitischen Kongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Vorsitzende Angela Merkel auf die Bedeutung des Schulsportes für die Gesellschaft insgesamt hingewiesen. Angela Merkel forderte angesichts der erschreckenden Zunahme der Zahl motorisch gestörter und übergewichtiger Kinder dem Schulsport mehr Bedeutung beizumessen.

„Die Kostenlawine, die durch Bewegungsarmut und falsche Ernährung auf die Krankenkassen zurollt, muss gebremst werden. Sport und Bewegung sind entscheidende Aspekte von Prävention“, sagte Merkel vor den rund 250 Teilnehmern, die der Einladung des sportpolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Klaus Riegert, in den Fraktionssaal der Union gefolgt waren.

Die Vorsitzende der Bundestagsfraktion und der CDU Deutschlands dankte dem Deutschen Sportbund (DSB) für seinen Einsatz für den Schulsport. Die auf Initiative des DSB vor kurzem erstellte Schulsportstudie „Sprint“ zeige, dass der Sportunter-



Auf dem Podium: Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble, DSB-Präsident Manfred von Richthofen, die Vorsitzende Angela Merkel und der sportpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Klaus Riegert

richt im Kanon der Unterrichtsfächer gestärkt werden müsse.

Sport heiße außerdem, Regeln anzuerkennen und einzuhalten. Ohne die Wahrung und Achtung verbindlicher Regeln kann auch eine Gesellschaft nicht bestehen. Angela Merkel wies auf die Bedeutung des Breiten- und Spitzensportes hin. „Sport bewegt – in beiderlei Wortsinne die Menschen“, sagte Angela Merkel.

Breiten- und Spitzensport bedingen und brauchen einander. Der Spitzensport rekrutiert sich immer wieder aus den Besten des Breitensports und die Spitzenleistungen der Athleten ziehen viele Millionen Zuschauer in ihren Bann. „Die Vereine sind und bleiben die Basis des deutschen Sports“,

hob Merkel hervor. In diesem Zusammenhang forderte sie die Erhöhung der Besteuerungsgrenzen für gemeinnützige Vereine und erteilte den Plänen der Bundesregierung zur Besteuerung von Mitgliedsbeiträgen eine Absage.

Deutschland werde sich bei den kommenden großen Sportereignissen, wie dem Deutschen Turnfest, den Weltmeisterschaften im Fechten, im Modernen Fünfkampf, im Hockeys, Reiten, Beach-Volleyball, Straßenradfahren, Handball, Rudern und Leichtathletik und selbstverständlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, als gastfreundliches, weltoffenes und sportbegeistertes Land präsentieren. „Wir freuen uns darauf“, betonte Merkel.

Frühjahrgutachten – ein Dokument der Hoffnungslosigkeit

Das Frühjahrgutachten dokumentiert schwarz auf weiß das Versagen der rot-grünen Wirtschaftspolitik. Die schwindsüchtigen 0,7 Prozent prognostiziertes Wachstum für das laufende Jahr belegen: Die Rahmenbedingungen stimmen hierzulande einfach nicht mehr, wenn das EU-Wachstum durchschnittlich mehr als doppelt so hoch ist als im Tabellenletzten Deutschland.

Bricht das Wachstum ein, sind Unternehmenspleiten vorprogrammiert, Arbeitsplätze werden vernichtet, Existenzen ruiniert. Die neue Wachstumsprognose ist ein katastrophales Zeichen für den deutschen Arbeitsmarkt. Mit einem BIP-Zuwachs von 0,7% werden wir die Beschäftigungsschwelle von rund 2% erneut dramatisch verfehlen. Mehr noch: Der Arbeitsplatz-Abbau in der deutschen Wirtschaft wird auch in diesem Jahr weitergehen. Damit besteht keine Hoffnung auf eine Trendwende in Deutschland. Bitterer könnte die Prognose für die vielen Menschen ohne Erwerb gar nicht sein. 2005 wird damit erneut ein verlorenes Jahr für den deutschen Arbeitsmarkt.



Dagmar G. Wöhr

Auch die Haushaltslage ist abenteuerlich. Der Bundesfinanzminister baute bis jetzt seine Etatplanung auf utopischen 1,6 Prozent Wachstum in diesem Jahr auf. In der Folge dürften sich die Annahmen zu den Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts 2005 und der Sozialversicherungen als völlig illusorisch erweisen. Das ist das Gegenteil von einer soliden, stabilitätsorientierten Finanz- und Haushaltspolitik, die eine existentielle Voraussetzung für mehr Wachstum ist. Hier müssen alle staatlichen Ausgaben schnellstens auf den Prüfstand.

Ich fordere die Bundesregierung auf, umgehend wachstumsfördernde Maßnahmen zu ergreifen. Es gibt vieles, was nichts kostet und schnell wirkt – etwa beim Bürokratieabbau. Man kann hier kiloweise Gesetze entsorgen, die unsere Unter-

nehmen unnötig belasten. Für den Mittelstand, der in Deutschland nun einmal die meisten Arbeitsplätze schafft, wäre dies ein wichtiges psychologisches Signal, dass es wieder aufwärts geht.

Wenn die Bundesregierung nicht bald den Mut und die Kraft für durchgreifende Reformen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und im Steuerrecht aufbringt, werden wir aus der beschäftigungspolitischen Sackgasse nicht herauskommen.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.

Kein Licht am Ende des Tunnels

Die Politik dieser Bundesregierung macht die Menschen ärmer. „Bereits heute sinken die Realeinkommen weiter Bevölkerungskreise“ (Frühjahrgutachten, S. 70).

Treffender lässt sich die Entwicklung nicht beschreiben, zumal Licht am Ende des Tunnels mit dieser Bundesregierung nicht erkennbar ist. Sie hat kein geschlossenes Konzept zur Überwindung der Wachstumskrise, in der wir uns befinden. Damit stützen die Wirtschaftsfor-

von der Union immer wieder vorgebrachte Kritik an der Bundesregierung.

In diesem Jahr wird die deutsche Volkswirtschaft kaum wachsen. Die Wirtschaftssachverständigen erwarten nur einen Zuwachs von 0,7 % und liegen damit sogar noch etwas unter der EU-Kommission, die für 2005 ein Wachstum in Deutschland von 0,8 % prognostizierte. Damit wird auch das Defizit der öffentlichen Haushalte die 3%-Grenze erneut deutlich übersteigen. Deutschland bricht damit nach 2002, 2003 und 2004 zum vierten Mal hintereinander europäisches Recht. Das Gutachten machte eines über-



Michael Meister

deutlich: Wir werden die Probleme in unserem Land nur durch eine wachstumsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik lösen. Dazu muss der Staat sich zurücknehmen, die Staatsquote sinken und der Freiraum für private Initiativen steigen. Nichts

anderes fordert die Union seit Jahren. Auch die von der Union zum Job-Gipfel vorgestellten Vorschläge gehen in diese Richtung. Bundesfinanzminister und Bundeswirtschaftsminister müssen endlich handeln; Trippelschritte reichen nicht. Nicht die bösen Unternehmer sind das Problem, wie die Kapitalismuskritik Münteferings aus wahlkampfaktischen Gründen unterstellt, sondern eine Bundesregierung, die zusammen mit einer reformmüden SPD nicht die notwendigen Strukturreformen auf den Weg bringt.

Michael Meister ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Im Rahmen eines Mittagessens kam die CDU-Vorsitzende Angela Merkel Mitte April in Berlin mit diplomatischen Vertretern der am schlimmsten vom Tsunami betroffenen Staaten zusammen. Gut drei Monate nach der Naturkatastrophe vom 26. Dezember 2004 nutzte Angela Merkel die Gelegenheit, um den Vertretern von Indonesien, den Malediven sowie aus Thailand, Indien, Sri Lanka und Burma ihre Hochachtung für die



beeindruckenden Leistungen beim Wiederaufbau der zerstörten Küstenregionen auszusprechen. Der besondere Dank der Parteivorsitzenden an die Diplomaten aus Süd-Ost-Asien galt der schnellen und unbürokratischen Hilfe, die den betroffenen Reisenden aus Deutschland unmittelbar nach dem Seebeben vor Ort zuteil geworden war. Die Teilnehmer der Runde waren sich einig, dass die Welle der internationalen Hilfsbereitschaft in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe der Welt ein bemerkenswertes Beispiel für Hilfe und Zusammengehörigkeit über die Grenzen der Kontinente hinweg gegeben habe.

Kinder bekommen Kinder

FU-Aktionswoche macht auf Teenagerschwangerschaften aufmerksam:

Die Frauen Union wird die erste Mai-Woche 2005 für eine außergewöhnliche bundesweite Aktion nutzen: Die FU macht mit verschiedensten Veranstaltungen auf die Problematik der steigenden Anzahl minderjähriger Mütter aufmerksam. Kreis-, Bezirks- und Landesverbände sind eingeladen, sich an der Aktionswoche „Teenager-Schwangerschaften“ des FU-Bundesvorstands zu beteiligen.

Immer mehr Kinder bekommen Kinder. Die Zahl der minderjährigen Mädchen, die ungewollt schwanger werden, steigt ungebremst. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen nimmt rapide zu. So trieben unter-15jährige Mädchen in 2003 doppelt so häufig ab wie noch sieben Jahre zuvor. Viele Schülerinnen, die Mutter werden, sind selbst nicht einmal 14 Jahre alt. Junge Mädchen werden heute im Durchschnitt mit 12,5 Jahren geschlechtsreif. Immer mehr Jugendliche haben bereits sehr früh die ersten sexuellen Kontakte



und halten sich selbst für aufgeklärt. In einer Gesellschaft, in der Sexualität allgegenwärtig ist, werden Mädchen und Jungen mit Tipps zur Gestaltung des Liebeslebens überschüttet, haben jedoch verblüffend wenig Kenntnisse über die Abläufe im eigenen Körper und über die eigene Fruchtbarkeit. Zudem geschieht der erste Geschlechtsverkehr in vielen Fällen ungeplant und unverhütet. Sexuaufklärung in der Schule findet zu spät statt und vermittelt allzu oft lediglich biologisches Wissen. Beziehungsaspekte, ganz praktische Fragen und der selbstbewusste Umgang mit dem eigenen Körper stehen nicht im Lehrplan. Junge Mädchen müssen jedoch die Chance erhalten, wertschätzende Kenntnisse über den eigenen Körper zu erwerben und selbst bestimmt zu handeln.

Die Frauen Union startet daher im Vorfeld des Muttertages die bundesweite Aktionswoche „Teenagerschwangerschaften“. Ziel ist es, Mädchen und Jungen, Mütter und Väter und

auch Lehrerinnen und Lehrer gezielt auf Teenagerschwangerschaften und die damit verbundenen Probleme aufmerksam zu machen. Einen großen Schwerpunkt bildet dabei die Prävention. Den Auftakt macht am 2. Mai ein Gesprächsforum mit der FUBundesvorsitzenden Maria Böhmer MdB in Bochum, zu dem die Bochumer FUKreisvorsitzende Ingrid Borchert einlädt. In einem Internet-Chat der FU stehen am 3. Mai um 16 Uhr unter www.cdu.de/chatforall/Chat/chat.cgi Expertinnen Schülerinnen und Schülern mit Rat und Tipps rund ums Thema Sexualität zur Seite. Mit dabei: Ärztinnen, die regelmäßig Mädchensprechstunden anbieten. Auch Eltern und andere Interessierte haben die Möglichkeit, Fragen zum Themenbereich Teenagerschwangerschaften zu stellen. Die Arbeitsgruppe „Kinder bekommen Kinder“ des FUBundesvorstandes erarbeitete unter der Leitung von Michaela Noll MdB (FU NRW) und Kamilla Bühring (FU Berlin) Veranstaltungsideen und Info-Materialien, die über das CDU-Mitgliedernetz zugänglich sind.

Urkunden

DIN A4

„25 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: **0071**

„60 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: **0189**

Urkunde ohne Jahresangabe

Bestell-Nummer: **0097**

Urkunde „Für besondere Verdienste“

Bestell-Nummer: **0449**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €



Ehrenabzeichen der CDU

Ehrenabzeichen Bronze „25jährige CDU-Mitgliedschaft“
Bestell-Nummer: **0233**

Ehrenabzeichen Silber „40jährige CDU-Mitgliedschaft“
Bestell-Nummer: **0235**

Ehrenabzeichen Gold „50jährige CDU-Mitgliedschaft“
Bestell-Nummer: **0237**

Preis je **10 Stück: 9,00 €**
inkl. MwSt.: 10,44 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Aktions | Zeitung.

Besser für die Menschen

So hart ist der Arbeitsmarkt: Fünf Betroffene erzählen.

Wir wollen endlich eine Chance!

„Rot-Grün ist ausgezehrt.“

Interview mit Angela Merkel

60 Jahre CDU.

NACHRICHTEN

Erfolgreich für Deutschland.

Sie haben den Hut auf!

NUR 6,13 €

Aktionszeitung, Bundesausgabe
2/2005

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je **250 Stück: 18,50 €**
inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de